

DIE LINKE.

| KONTAKT

INFORMATIONSBLETT DES KREISVERBANDES EICHSFELD



AUSGABE FEBRUAR 2017

Einladung zum Frauentag

Der Kreisverband DIE LINKE. Eichsfeld lädt zum 8. März, dem internationalen Frauentag, alle Frauen herzlich ein, mit uns einen schönen Nachmittag in der Geschäftsstelle am Marktplatz zu verbringen. Bei Kaffee und Kuchen können wir gemeinsam ein paar schöne Stunden verbringen. Beginn der Veranstaltung ist um 15 Uhr. Ab 10 Uhr werden wir in der Wilhelmsstraße Rosen an Passantinnen verteilen.



Internationaler
Frauentag

Heute für morgen
Zeichen setzen

Liebe Genossinnen und Genossen,

am 29. Januar 2017 wurde Martin Schulz der Nation als Kanzlerkandidat der SPD vorgestellt. Seitdem erleben die Genossinnen und Genossen von der SPD in den Umfragen einen Höhenflug nach dem anderen. Vor der Ankündigung, dass Martin Schulz Kanzlerkandidat der SPD wird, lagen deren Umfragergebnisse zwischen 21 und 23 Prozent – mittlerweile liegt sie zwischen 28 und 32 Prozent. Würde der Kanzler direkt gewählt werden, so würden 49 Prozent Martin Schulz und nur 38 Prozent Angela Merkel wählen.

Dass die SPD jetzt wegen Martin Schulz in Freudentaumel gerät, ist ein Zeichen dafür, wie groß der Frust über die Führungsriege in der Partei war. Doch was ist das Programm des Martin Schulz, was sind seine Inhalte? Bei diesen Fragen werden die Antworten vage. „Soziale Gerechtigkeit“ ist ein Begriff, den Martin Schulz gerne nutzt. Glaubwürdig finde ich das nicht. Seit 1998 hatten wir fünf verschiedene Bundesregierungen – an insgesamt vier war die SPD beteiligt. In dieser Zeit gab es die ersten Kriegeinsätze der Bundeswehr, Steuersenkungen für Reiche, die Demolierung der Rentenversicherung und die Agenda 2010. All das sind Projekte, die von der SPD nicht nur unterstützt, sondern teilweise auch selbst initiiert wurden. Bloß weil sich bei der SPD durch einen geschickten Schachzug von Sigmar Gabriel 1-2 Personalien ändern, ändern sich noch lange nicht die Inhalte. Doch genau an denen sollte man die SPD messen.

Ich freue mich natürlich, dass die SPD in Umfragen wieder zulegt – denn ohne die SPD gibt es auch für unsere Partei keine Option, endlich für eine sozialere Politik in diesem Land zu sorgen. Ob mit der SPD allerdings ernsthaft ein inhaltlicher Politikwechsel möglich ist, das werden die kommenden Monate zeigen.

Viel Spaß beim Lesen wünscht Euch Lucas Bode.

Wahl des deutschen Bundespräsidenten62

Am 12. Februar 2016 wurde Frank-Walter Steinmeier (SPD) von der deutschen Bundesversammlung mit etwa 74 Prozent der Stimmen zum neuen Bundespräsidenten Deutschlands gewählt. Die Wahl offenbarte vor allem eines: den Mangel an politischem Führungspersonal in den etablierten Parteien und somit auch den Mangel an demokratischer Wahlmöglichkeit. Das wird umso deutlicher, wenn man sich anschaut, von welcher breiten Koalition Steinmeier getragen wurde: neben der SPD, die Steinmeier aufgestellt hatte, wurde er außerdem von der CDU/CSU, den Grünen, der FDP und dem Südschleswigschen Wählerverband unterstützt, die alleamt offensichtlich keine besseren Kandidaten in den eigenen Reihen gesehen haben. Vor allem für die Union unter Angela Merkel war die Wahl eine Blamage und eine Unterordnung gegenüber der Sozialdemokratie. So mancher Konservative muss sich wohl gefragt haben, wieso die CDU/CSU nicht einen eigenen Kandidaten aufgestellt haben, wo sie doch mit 42,8 Prozent der Stimmen die mit Abstand größte Fraktion in der Bundesversammlung stellen. Dass viele der Delegierten mit der Kandidatenauswahl unzufrieden waren, zeigte sich daran, dass die Zahl der Enthaltungen mit 8,2 Prozent besonders hoch war.

Dabei hatte DIE LINKE mit dem Armutsforscher Christoph Butterwegge eine wirkliche inhaltliche Alternative zu Frank-Walter Steinmeier aufstellt. Seine eigens erklärte Mission: die soziale Frage, die Spaltung in Arm und Reich, die das Kardinalproblem der Gesellschaft ist, in den Mittelpunkt



Kölner Armutsforscher Christoph Butterwegge, Bild: dpa

punkt zu rücken. Generell erklärte Christoph Butterwegge, auch auf die soziale Ungleichheit im globalen Maßstab aufmerksam machen zu müssen. Dass laut Oxfam acht Männer so viel wie die ärmere Hälfte der Bevölkerung besitzen, löse Kriege und Flüchtlingsbewegungen aus. „Was fälschlicherweise Flüchtlingskrise genannt wird, ist eine Folge mangelnder Gerechtigkeit. In einer verteilungsgerechten Welt gäbe es die hohe Zahl an Flüchtlingen nicht.“

Butterwegge ist auch ein scharfer Kritiker der Agenda 2010, die er als „günstigen Nährboden für den heutigen Rechtspopulismus“ sieht. Kritik übte er auch am riesigen Niedriglohnsektor, in dem mittlerweile 24,3 Prozent aller Beschäftigten arbeiten. „Teilzeitjobs haben zugenommen, insbesondere bei Frauen, und es gibt eine Million Leiharbeiter“, erklärte Butterwegge. Schuld daran und auch am Aufstieg der AfD sind nach Auffassung des linken Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten die zuletzt regierenden Parteien, die mit ihrer Politik „die soziale Sicherheit der Menschen untergraben haben“.

Wahrscheinlich gerade wegen seiner klaren Positionierung gegen eine Politik, die die Gesellschaft immer mehr spaltet, erreichte Christoph Butterwegge ein sehr respektables Ergebnis. Er erreichte mit 10,2 Prozent der Stimmen (125 Stimmen) auch viele Delegierte außerhalb der Linken Fraktionen, die insgesamt einen Anteil 7,5 Prozent der Stimmen (95 Stimmen) in der Bundesversammlung ausmachen.



Werner Buse zur Erklärung der Mitgliederversammlung zur Klage gegen das Volksbegehren

Die Kreismitgliederversammlung am 14. Januar d.J. hat in einer einstimmig angenommenen Erklärung (eine Enthaltung) die Klage der Landesregierung gegen das beabsichtigte Volksbegehren als falsch eingeschätzt.

Sicherlich war allen Beteiligten klar, dass eine solche Erklärung nicht widerspruchlos hingenommen wird, wie es auch in der Landesvorstandssitzung am gleichen Nachmittag auch geschah. Die Landesvorsitzende reagierte recht ungehalten auf die Positionierung des Kreisverbandes Eichsfeld.

Gegenteilige Ansichten sind sicherlich nichts Ungewöhnliches. Jede sachliche Diskussion und Auseinandersetzung zu dieser Frage würde sicherlich beiden Seiten Erkenntnisse bringen.

Aber mehr als 14 Tagen nach unserer MV ist festzustellen, dass es in unserer Partei mit einer offenen landespolitischen Diskussion über eine solche Frage, die besser vor der Entscheidung der Landesregierung beraten wäre, nicht weit her zu sein scheint.

So ist m.E. die Partei, die sich immer für mehr direkte Demokratie eingesetzt hat, wieder einmal in einen Zwiespalt geraten. Solange sie in Opposition zur Landesregierung war, galt für sie das sogenannte „Finanztabu“ als kein hinreichender und alleiniger Klagegrund für eine Landesregierung. Umso erstaunlicher ist es, dass dieser Finanzvorbehalt beim ersten Volksbegehren in Zeiten einer rot-rot-grünen Regierung erneut für eine Klagebegründung herhalten muss.

Eigentlich haben wir mit unserer Kritik nur das wiederholt, was DIE LINKE in der Vergangenheit immer der CDU-Regierung vorwarf, nämlich mit einer Klage gegen ein beabsichtigtes Volksbegehren einer breiten öffentlichen Diskussion über das Thema im Rahmen eines Volksbegehrens auszuweichen.

Deshalb ist es in meinen Augen unredlich, allein der CDU heute vorzuwerfen, sie hat früher in Regierungsverantwortung ganz anders zu dieser Frage argumentiert und gehandelt, als sie heute von der rot-rot-grünen Regierung einfordert. Was interessiert die CDU ihr Geschwätz von gestern, fasst Steffen Dittes in einer Argumentation zu dieser Frage (UNZ) die Auseinandersetzung mit der CDU zusammen. Leider sagt er kein Wort dazu, dass für DIE LINKE scheinbar das gleiche gilt. Und genau dies, die Beliebigkeit in Aussagen und im Handeln der etablierten Parteien ist es doch, was Menschen in die Arme der AfD treibt.

Auch auf Facebook gab es kritische Reaktionen. Ein Genosse aus Nordhausen fühlte sich besonders berufen, seine Sicht auf die Entscheidung unserer Kreismitgliederversammlung in unsachgemäßer Weise öffentlich kund zu tun. Er versteigerte sich in die Behauptung, die Mitgliederversammlung sei ignorant und hätte von der Sache keine Ahnung. In seiner Kritik findet man keine sachlichen Argumente, sondern nur abstruse Feststellungen, die mit der Sache nichts zu tun haben.

